

Auf dem Weg zur wissensbasierten Radikalisierungsprävention?

Neosalafistische Mobilisierung und die Antworten von Staat und Zivilgesellschaft

Michael Kiefer

Die Lagebeurteilungen der Sicherheitsbehörden in Bezug auf die gewaltbefürwortende neosalafistische Mobilisierung¹ sind ohne jede Frage alarmierend. Im Januar 2014 befanden sich mehr als 500 aus Deutschland stammende junge Menschen in den Bürgerkriegsgebieten in Syrien und dem Irak. Acht junge Männer aus der Gruppe der Ausgereisten sollen dort Selbstmordattentate durchgeführt haben, bei denen nahezu 200 Menschen den Tod fanden. Angesichts dieser beunruhigenden Fakten wird derzeit intensiv und kontrovers darüber diskutiert, wie Staat und Zivilgesellschaft die Radikalisierung junger Menschen aufhalten und nachhaltig unterbinden können. Überzeugende ganzheitliche Konzepte sind erst im Ansatz zu erkennen. Für eine funktionierende Radikalisierungsprävention ist vor allem eine umfangreiche Wissensbasierung eine unverzichtbare Gelingensbedingung, die im Beitrag konkretisiert wird.

Prävention gegen was?

Erste gravierende Unklarheiten sind bereits bei den Präventionszielen zu finden. Gegen welche Phänomene richtet sich eine Radikalisierungsprävention? Zielen die Maßnahmen und Projekte auf die ganze Bandbreite der neosalafistischen Mobilisierung – also auch auf friedfertige puristische Strömungen – oder geht es ausschließlich um gewaltbefürwortende Strömungen, die aktuell z. B. den Islamischen Staat (IS) und seine transnationalen Netzwerke unterstützen? An diesem Punkt besteht keineswegs Einigkeit.

Faktoren der Radikalisierung

Folgt man den Darstellungen einer unlängst erschienenen „Analyse der Sicherheitsbehörden über die Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien ausgereist sind²“, spielt die Koranverteilkaktion „Lies!“ im Radikalisierungsgeschehen eine erhebliche Rolle. Mehr als 130 junge Menschen, die ausgereist sind, sollen zu Beginn

oder im Verlauf ihrer Radikalisierung im Kontext der Verteilaktionen aufgefallen sein. Neben der „Lies!“-Aktion listet der Bericht der Sicherheitsbehörden eine Reihe von weiteren Faktoren, die im Verlauf von Radikalisierung eine Relevanz aufweisen. Hierzu zählen „Freunde“, „Moscheen“, „Internet“, „Islamseminare“, „Familien“ und „Benefiz“. Das in der Analyse präsentierte Zahlenmaterial und die daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen besitzen für die Präventionsforschung und -praxis jedoch nur einen eingeschränkten Aussagewert. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Zunächst kann festgehalten werden, dass der Bericht die methodische Vorgehensweise nur unzureichend darlegt. Gab es authentische Informationen von Ausgereisten, deren Freunden und Familienangehörigen, die in einem standardisierten Verfahren erhoben wurden, oder basiert die Erhebung in erster Linie auf Erkenntnissen der Polizei und verdeckter Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörden? Wäre der zweite Fall zutreffend, kann kaum von validen Erkenntnissen gesprochen werden. Insgesamt betrachtet bringt die Darstellung der Sicherheitsbehörden für Präventionsakteure in

den relevanten Sozialräumen keinen wesentlichen Erkenntnisgewinn. Vieles war bereits bekannt. Zahlreiche Beobachtungen aus Schule, Jugendhilfe und anderen Bereichen zeigen schon seit geraumer Zeit, dass Radikalisierung in den meisten Fällen ein Gruppengeschehen ist, das zumeist junge Männer erfasst. Bekannt war ferner, dass instabile Lebensverhältnisse eine Rolle spielen können. In diesem Kontext wurde häufig auch von Bildungsbenachteiligungen berichtet. Überdies ist bekannt, weshalb das Vergemeinschaftungsangebot der Neo-Salafiyya attraktiv ist. Junge Menschen erfahren dort scheinbar Aufwertung und Anerkennung. Sie fühlen sich als Teil einer Avantgarde, die Gottes Willen befolgt und damit kann die individuelle Suche nach Bedeutung und Identität erfolgreich abgeschlossen werden. Dadurch verlieren die lästigen oder energieverzehrenden Anforderungen des Alltags an Relevanz. Darüber hinaus bietet die Neo-Salafiyya ein vereinfachtes und schlüssiges System der Weltdeutung, das in allen Angelegenheiten Eindeutigkeit bietet. Schließlich gibt es Kameradschaft und Fürsorglichkeit. Über diese Basisdaten hinaus ist wenig bekannt. Wir wissen nicht, wie diese Faktoren zusammenwirken, was sie stärkt oder schwächt. Und wir wissen wenig über sichere Anzeichen von Radikalisierung.

¹ Auf den Begriff Salafismus wird an dieser Stelle bewusst verzichtet, da er in der Zusammenarbeit mit Muslimen immer wieder Missverständnisse hervorruft. Der Begriff Salafiyya hat für große Teile der Muslime eine positive Konnotation, da er sich auf die Prophetengefährten (Salaf as Salih – die ehrwürdigen, rechtschaffenen Vorfahren) bezieht, die allgemein ein hohes Ansehen genießen.

² Beim ZDF veröffentlichter Bericht einer Arbeitsgruppe in der Geschäftsführung des Bundesamtes für Verfassungsschutz unter Beteiligung aller Polizei- und Verfassungsschutzbehörden der Länder sowie des Bundeskriminalamtes.

Die Trias der Radikalisierungsprävention

Große Teile der Radikalisierungsprävention, die nachfolgend in Umrissen dargestellt werden sollen, realisieren sich aufgrund der skizzierten Ausgangslage bislang in eher provisorischen Anordnungen, die nicht Teil einer abgestimmten Präventionsstrategie sind. Auf fundierte Wissensbestände und hieraus entwickelte und erprobte Methoden kann in der Regel nicht zurückgegriffen werden. Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Präventionsakteure in den Sozialräumen oft über nur rudimentäre Kenntnisse der dargelegten Problematik verfügen.

In der noch jungen Radikalisierungsprävention können – wie in anderen Präventionsbereichen auch – drei Präventionsbereiche unterschieden werden, die sich weitgehend an den etablierten Kategorisierungssystemen von Gerald Kaplan und Robert S. Gordon orientieren.

- Die *primäre*, häufig auch *universelle Prävention* richtet ihre Maßnahmen nicht an eine bestimmte Zielgruppe, sondern spricht alle gesellschaftlichen Gruppen an. Ziel ist die Stärkung erwünschter Haltungen und eine langfristige Stabilisierung positiver Lebensbedingungen. Moderne Ansätze in Schule, Jugendhilfe und politischer Bildung fokussieren nicht vorhandene Defizite der Teilnehmenden, sondern setzen an vorhandenen individuellen Ressourcen an und fokussieren damit die Entwicklungspotenziale junger Menschen. Von großer Bedeutung ist hier, dass durch die Ressourcenorientierung unabsichtliche negative Markierungen verhindert werden können. Herausragende Beispiele in diesem Bereich der Radikalisierungsprävention sind die Modellprojekte „*Ibrahim trifft Abraham*“, das im Kontext des Bundesprogramms „*Initiative Demokratie stärken*“ durchgeführt wurde, und „*Dialog macht Schule*“, das von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpj) und der Robert-Bosch-Stiftung finanziert wird. Beide Projekte verfügen über einen ausgeprägten partizipativen Ansatz und zielen unter anderem auf eine Stärkung von Dialogkompetenz und Ambiguitätstoleranz. Ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal von „*Dialog macht Schule*“ ist eine unbefristete Maßnahmendauer.

- Die *sekundäre* oder auch *selektive Prävention* umfasst Angebote für junge Menschen, die definierte Risikofaktoren aufweisen. Zu unterscheiden sind hier direkte und indirekte Maßnahmen. Direkte Maßnahmen wenden sich unmittelbar an die Zielgruppe. Hierzu zählen aufsuchende Formate der Jugendhilfe oder direkte Interventionsformate, wie sie z. B. im Kontext der schulischen Sozialarbeit durchgeführt werden. Zu den indirekten Formaten, die Schlüsselpersonen adressieren, die eng mit der Zielgruppe agieren, zählen insbesondere die Beratungsangebote für Eltern, wie sie unter anderem im Bundesprogramm „Beratungsstelle Radikalisierung“ angeboten werden. Zu den indirekten Formaten zählen ferner Fortbildungsprogramme für Multiplikatoren. Wegweisend ist in diesem Bereich die bpj, die ab Januar 2015 die Fortbildung „*Neosalafismus – Prävention in den Handlungsfeldern politische Bildung, Schule, Jugendhilfe, Vereinsarbeit und Gemeinde*“ anbietet. Die Fortbildung umfasst vier Module, die an vier Wochenenden unterrichtet werden, und richtet sich an Fachkräfte aus politischer Bildung, Schule, Jugendhilfe, Vereinsarbeit und muslimischen Gemeinden.
- Schließlich wäre noch die *tertiäre* oder auch *indizierte Prävention* anzuführen. Sie richtet sich an Menschen mit manifesten Problemlagen. Die Prävention in diesem Bereich soll weitere Eskalationen verhindern, ferner soll sie Menschen aus extremistischen Bewegungen herauslösen und dazu beitragen, dass diese ein Leben ohne weitere Delinquenz gestalten können. Auch hier kann zwischen direkten und indirekten Maßnahmen unterschieden werden. Zu den direkten Maßnahmen zählt z. B. die Arbeit mit Rückkehrern aus dem syrischen und irakischen Kriegsgebiet. Es kann davon ausgegangen werden, dass hier im kommunalen Raum in zunehmender Zahl traumatisierte Ex-Kombattanten langwierig betreut werden müssen. Zu den indirekten Maßnahmen zählen unter anderem Fortbildungen, die Imame befähigen, als Gefängnisseelsorger tätig zu werden. Es geht aber auch um eine flankierende Sozialarbeit, die ehemalige Strafgefangene über einen längeren Zeitraum begleitet. Schließlich sollten auch bestehende Aussteiger-

programme angeführt werden, die sich fest in der Hand staatlicher Behörden befinden. Hierzu zählt unter anderem das Aussteigerprogramm, das im Rahmen des *Wegweiser-Programms* vom Innenministerium Nordrhein-Westfalens verantwortet wird.

Präventionsfelder übergreifende Programme und Maßnahmen

Angesichts der sich ausweitenden Problemlage haben einige Bundesländer im Jahr 2014 landesweite Präventionsprogramme oder -konzepte vorgelegt, die zumindest Ansätze einer ganzheitlichen Radikalisierungsprävention erkennen lassen. Die erste Initiative zu einem vielversprechenden landesweiten Präventionsprogramm ging von *Nordrhein-Westfalen* aus. Das Ministerium für Inneres und Kommunales startete im März 2014 das *Programm Wegweiser* in drei Städten. *Wegweiser* ist seinem Selbstverständnis nach ein „*umfassendes, innovatives Präventionsprogramm gegen gewaltbereiten Salafismus*“. Es wird derzeit in den Modellkommunen Bochum, Bonn und Düsseldorf umgesetzt und soll 2015 sukzessive auf weitere Städte und Regionen des Landes ausgeweitet werden. Das Programm umfasst zwei Komponenten. Die erste Komponente besteht aus derzeit drei Beratungsstellen, die im Bereich der primären und sekundären Radikalisierungsprävention fachkundige Beratung und flankierende Betreuungsleistungen anbieten. Neben diesen ortsgebundenen Angeboten bieten die Betreuer, in der Regel ausgebildete Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, bei Anforderung durch Netzwerkpartner Beratung und Hilfe in Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen. Sofern die Netzwerkpartner es wünschen, wirken die Betreuerinnen und Betreuer auch an pädagogischen Interventionen mit. Das *Wegweiser*-Konzept ist in diesem Bereich dezentral angelegt und zielt auf die Verschränkung aller relevanten Akteure in den Sozialräumen. Träger der Beratungsstellen sind ein neu gegründeter Verein von Muslimen und Nichtmuslimen (Düsseldorf), ein anerkannter lokaler Jugendhilfeträger (Bochum) oder kommunale Einrichtungen (Bonn). Die zweite Komponente von *Wegweiser* besteht aus einem Aussteigerprogramm. Die Gestaltung und Durchführung dieses Be-

reiches liegt in der ausschließlichen Verantwortung des Innenministeriums.

Ein weiteres landesweites Präventionsprogramm unter dem Namen „*Präventionsnetzwerk gegen Salafismus*“ wird derzeit in Hessen implementiert. Während Nordrhein-Westfalen mit lokalen Partnern arbeitet, die über profunde Einblicke in die Sozialräume verfügen, setzt Hessen auf ein zentralisiertes Konzept mit einem Träger. Im Zentrum des Präventionsnetzwerks stehen eine im Oktober 2014 eröffnete zentrale Beratungsstelle und ein Fachbeirat. Der zentralen Beratungsstelle wird der Verein *Violence Prevention Network (VPN)* angebunden. Sie ist für ganz Hessen zuständig und soll in allen Präventionsbereichen tätig werden. Das Maßnahmenpektrum reicht von allgemeinen Informationsangeboten bis hin zu Interventionsmaßnahmen, die unter anderem auch ein Ausstiegsprogramm für Radikalisierte umfassen sollen. Es bleibt abzuwarten, ob mit einer zentralisierten Beratungsstelle alle relevanten Sozialraumakteure in den jeweiligen Kommunen erreicht werden können.

An einem Netzwerk für Prävention arbeitet auch *Hamburg*. Gemeinsam mit muslimischen Partnern wurde ein „Konzept zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus und anti-muslimischer Diskriminierung“ erarbeitet. Im Unterschied zu den bereits skizzierten Konzeptionen umfasst die Präventionsstrategie auch den Bereich „Islamfeindliche Hetze“. Für den Bereich „religiös motivierter Extremismus/Salafismus“ soll eine eigene Beratungsstruktur geschaffen werden. Sie besteht aus einem Steuerungskreis oder Beirat, zwei Arbeitsgruppen, einem Beratungsteam sowie weiteren Kooperationspartnern. Die Beratungsstruktur soll jungen Menschen, Angehörigen und pädagogischen Fachkräften helfen, einen souveränen Umgang mit religiös begründetem Extremismus zu finden. Hierbei kommt dem Beratungsteam eine zentrale Stellung zu. Sie sollen mit radikalisierten Personen arbeiten und deren Angehörige beraten. Darüber hinaus soll das Beratungsteam Fachkräfte der Regelsysteme unterstützen.

Das Land *Niedersachsen* unternimmt gleichfalls Anstrengungen zur Bildung einer Präventionsstruktur. Nach langwierigen Verhandlungen mit muslimischen Partnern hat man sich auf die Gründung eines gemeinsamen

Trägers geeinigt, der künftig die Präventionsarbeit in Niedersachsen gestalten soll. Details zu den Zielsetzungen und Aufgaben wurden noch nicht benannt.

Schließlich sollte an dieser Stelle das neue Bundesprogramm „*Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit*“ Erwähnung finden. Wie aus dem Titel des jährlich 30,5 Millionen Euro umfassenden Programms hervorgeht, unterstützt das Programm in erster Linie Vereine und Initiativen, die zum Thema Rechtsextremismus arbeiten. Schwerpunkte in den Förderbereichen sind unter anderem die Förderung von „Demokratiezentren zur landesweiten Koordinierung und Vernetzung sowie von Mobiler, Opfer- und Ausstiegsberatung“ und die „Förderung zur Strukturentwicklung bundesweiter Träger“. Der Programmbereich „Förderung von Modellprojekten zur Radikalisierungsprävention“ umfasst neben den Themenfeldern Rechtsextremismus und linke Militanz auch den Bereich islamistische Orientierungen und Handlungen. Für den Bereich der Modellprojekte sind lediglich sechs Millionen Euro vorgesehen. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass nur wenige Modellprojekte mit dem Schwerpunkt Deradikalisierung im Bereich gewaltbefürwortender Neosalafismus gefördert werden können.

Desiderate – worauf kommt es an?

Die gute Nachricht lautet: Bund, Länder und Kommunen haben die Notwendigkeit der Radikalisierungsprävention erkannt und sind bereit, Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Doch damit ist lediglich ein Anfang gemacht. Funktionierende Konzepte können nur dann erreicht werden, wenn sie wissenschaftlich sind, ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen, die Fachlichkeit der Präventionsakteure in vollem Umfang gegeben ist, die üblichen Qualitätsstandards in Jugendhilfe und Schule durchgehend gewährleistet werden und die Verschränkung aller relevanten Institutionen, Einrichtungen und Gemeinden gegeben ist. Was heißt dies konkret?

Wissenschaftliche Grundlagen

Die schnell wachsenden neosalafistischen Bewegungen sind in Deutsch-

land bisher nicht Gegenstand einer systematischen interdisziplinären Forschung. Bislang vorgelegte Berichte (unter anderem aus Polizeikontexten) und Expertisen bemühen sich zumeist um eine deskriptive Erfassung des Phänomens. Aus der Perspektive einer sozialraumbezogenen Präventionsarbeit brauchen wir zusätzlich vor allem möglichst detailreiche Analysen zu Rekrutierungsanstrengungen neosalafistischer Akteure. Die Leitfragen lauten hier: Welche Personengruppen werden von neosalafistischen Akteuren fokussiert? An welchen sozialen Orten treten Aktivisten in Erscheinung? Wie erfolgen Ansprachen? Welche Versprechungen werden gemacht und welcher Methoden bedient sich die „Bindungsarbeit“?

Eine eigenständige universitäre Radikalisierungsforschung ist in Deutschland noch nicht etabliert. Wegweisend sind hier die Anstrengungen unserer Nachbarländer, die mit erheblichem Finanzaufwand eigenständige Forschungseinrichtungen geschaffen haben. So haben die Niederlande im Jahr 2007 das Centre for Terrorism & Counterterrorism (CTC) gegründet, das von dem renommierten Terrorismusexperten Edwin Bakker geleitet wird. Das CTC, an der Universität Leiden angesiedelt, verfolgt einen interdisziplinären Forschungsansatz, der politikwissenschaftliche, kriminologische und historische Forschungsansätze bündelt. Hauptaufgaben des CTC sind Forschung, Bildung, Politikberatung und die Erstellung von umfangreichen Datenbeständen, die für alle Präventionsakteure öffentlich zugänglich sind. Im Feld der Radikalisierungs- und Terrorismusforschung ist das von Peter Neumann geleitete International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence (ICSR) von herausragender Bedeutung, das am renommierten King's College in London angebunden ist. Das ICSR wurde im Jahr 2008 gegründet und basiert auf einer Partnerschaft von fünf großen akademischen Institutionen. Hierzu zählen die University of Pennsylvania, das Interdisciplinary Center Herzliya (Israel), das Jordan Institute of Diplomacy und die Georgetown University. Das ICSR ist wie das CTC unabhängig und überparteilich. Ziel ist unter anderem die Erforschung von Radikalisierung und politischer Gewalt. Laufende Projekte befassen sich mit Online-Radikalisierung und Fragen der Deradikalisierung. Untersucht werden ferner die

Unterschiede zwischen Radikalisierung in Europa und Nordamerika. Die genannten Forschungsanstrengungen zeigen, dass bestehende Forschungslücken in den Bereichen Radikalisierung, Deradikalisierung und Prävention sukzessiv geschlossen werden können. Beide Institutionen bieten fachliche Expertise für den Aufbau einer wirksamen Präventions- und Deradikalisierungsarbeit auch in Deutschland.

Ressourcen

Präventionsprogramme machen nur dann einen Sinn, wenn sie mit finanziellen Ressourcen angemessen ausgestattet sind. So verfolgt das Wegweiser-Programm in Nordrhein-Westfalen vielversprechende Handlungsansätze. Die personelle Ausstattung mit derzeit sechs halben Stellen an drei Standorten ist jedoch unzureichend. Zu knapp bemessen sind ferner die Mittel für Projekte der Radikalisierungsprävention im neuen *Bundesprogramm „Demokratie leben“*. Mit einer kleinen Zahl von Modellprojekten ist die komplexe Problematik nicht angemessen zu bearbeiten.

Fachlichkeit und Qualitätsstandards

Eine weitere wichtige Gelingensbedingung der Präventionsarbeit ist die Qualifikation des Personals und die Einhaltung der fachlichen Standards in der pädagogischen Praxis. Was die fachliche Qualifikation des Personals betrifft, ist darauf zu achten, dass Projektmitarbeiter/-innen über eine solide pädagogische Ausbildung verfügen und mit Phänomenen des Neosalafismus vertraut sind. Passende Herkunft oder Religionszugehörigkeit kann zudem hilfreich sein. Die Forderung, Moscheegemeinden und insbesondere die Imame sollten als Präventionsakteure verstärkt in Erscheinung treten, ist allerdings kritisch zu bewerten.

Verschränkung – moderierte Netzwerke

Schließlich ist zu gewährleisten, dass in der Präventionsarbeit alle relevanten Akteure im Sozialraum zusammengeführt werden. Eine wichtige Voraussetzung ist eine Zusammenarbeit von Fachbehörden, Schulen und anderen Einrichtungen, die nicht durch langwierige Dienstwege erschwert wird. Ferner sind klare

Netzwerkstrukturen mit einer erkennbaren und funktionierenden Steuerungsebene erforderlich. Diese ermöglichen eine moderierte Vernetzung, in der sichergestellt werden kann, dass personenbezogene Zielsetzungen der Präventionsarbeit vereinbart und umgesetzt werden. Konkrete Ziele wären beispielsweise:

- Entwicklung einer professionellen Achtsamkeit der Akteure im Hinblick auf lokal wahrnehmbare individuelle Indikatoren einer Radikalisierung in enger Kooperation mit einer wissenschaftlichen Begleitforschung,

- Aufstellung und Einübung von Melderoutinen,
- Entwicklung und Erprobung von Clearingverfahren und
- umfassende Dokumentation der Arbeitsprozesse, die der Begleitforschung zugeführt werden können.

Fazit

Die Radikalisierungsprävention ist in Deutschland eine noch sehr junge Teildisziplin, die bislang in experimen-

tellen Anordnungen erprobt wurde. Die erfolgreiche Implementierung der dargestellten Programme, die unter anderem in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Hamburg angestrebt wird, kann nur dann gelingen, wenn den aufgeführten Desideraten entsprochen wird. Von herausragender Bedeutung ist in diesem Kontext eine interdisziplinär angelegte Radikalisierungsforschung, die unter anderem durch Evaluierungsprozesse praxisrelevante Daten generiert. Überfällig ist die Gründung einer eigenständigen Forschungseinrichtung nach britischem oder niederländischem Vorbild, die mit relevanten Bezugswissenschaften an anderen universitären Standorten kooperiert.

Dr. Michael Kiefer ist Islam- und Politikwissenschaftler und arbeitet als Postdoc am Institut für Islamische Theologie (IIT) der Universität Münster. Darüber hinaus ist er als Projektentwickler bei einem Jugendhilfeträger in Düsseldorf tätig. Kontakt: Michael.Kiefer@api-ug.de

Literatur

Beim ZDF veröffentlichter Bericht einer Arbeitsgruppe in der Geschäftsführung des Bundesamtes für Verfassungsschutz unter Beteiligung aller Polizei- und Verfassungsschutzbehörden der Länder sowie des Bundeskriminalamtes: „Analyse der deutschen Sicherheitsbehörden über die Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien ausgereist sind.“ Verfügbar unter: <http://www.zdf.de/ZDF/zdf-portal/blob/35235632/1/data.pdf> (01.11.2014)

Ceylan, Rauf, Kiefer, Michael: Salafismus. Fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention, Wiesbaden 2013

Johannson, Susanne: Rechtsextremismus und Demokratieförderung in den Feldern der Pädagogik, der Beratung und Vernetzung: eine kurze Begriffseinordnung und -abgrenzung. Verfügbar unter: http://www.biknetz.de/fileadmin/Dokumente/Oeffentlichkeit_

herstellen/Themen/Aufsaeetze/Aufsatz_S_Johannson_REPr%C3%A4vention_final.pdf (09.02.2013)

Kiefer, Michael: Thesen zum Umgang mit der neosalafistischen Mobilisierung. Zwischen Hilflosigkeit und gezielter pädagogischer Intervention, in: Ceylan, Rauf, Jokisch Benjamin (Hg.): Salafismus in Deutschland. Entstehung, Radikalisierung und Prävention, Reihe für Osnabrücker Islamstudien, Band 17, Frankfurt am Main 2014, S. 255-265

Internetadressen von ausgewählten Präventionsprojekten und -programmen

<http://www.ibrahim-trifft-abraham.de>

<http://www.demokratie-leben.de/start.html>

<http://www.exit-deutschland.de/Startseite/Islamismus-/Ultranationalismus/HAYAT/Beratungsstelle-HAYAT-E1337.htm>

<http://www.dialogmachtschule.de>

<http://www.wegweiser-duesseldorf.de>

<http://www.mik.nrw.de/verfassungsschutz/islamismus/wegweiser.htm>

<http://ufuq.de/projekt-qwas-postest-du-dennq>

<http://www.violence-prevention-network.de/>